

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Haben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Sanktion: Gedr. Arnhold, Dresden.

Preis: ein einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Nonpareilzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 9-spaltige Reklamzeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Vorkostenabrechnung 60 Pf.

Nr. 17

Dresden, Freitag den 20. Januar 1922

33. Jahrg.

Terrorismus und Einheitsfront

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Ordnung“, sondern weil all das Befehlende, Helfende und Heilende der politischen Freiheit an diesem Weizen hängt und seine Wirkung verliert, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.“

Max Luxemburg: Die russische Revolution.

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen im Zuchthaus in Krasnojarsk hat erneut die Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats auf die terroristische Gewalt Herrschaft der russischen Sowjetregierung gelenkt. Lange Zeit hatte man in den westlichen Ländern dem terroristischen Treiben der Sowjetregierung unartig zugesehen. Lange hatte man gehofft, daß die kommunistischen Volkskommissare in Moskau unter dem Druck der Notwendigkeiten, die immer deutlicher die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte forderten, sich endlich dazu bequemen würden, den übrigen proletarischen Parteien die elementarsten politischen und bürgerlichen Rechte einzuräumen. Nun aber, wo der Moskauer Hungerstreik das Gegenteil von dem allen erweist, und in den Abgrund der russischen Rechtslosigkeit hineinstürzt, brach die spontane Empörung gegen die kommunistische Gewalt Herrschaft in Sowjetrußland los. Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie in Leipzig machte sich zum Sprachrohr des gesamten internationalen Proletariats, als er in seiner Resolution gegen die kommunistische Terrorherrschaft in Sowjetrußland härtesten Protest erhob.

Nun ist, wie aus Moskau gemeldet wird, die geplante Deportation der 35 Sozialdemokraten nach Turkestan aufgehoben und ein Teil der politischen Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Freigelassenen müssen sich aber in weit abgelegene Provinzorte begeben, wo sie zwei Jahre lang unter Polizeiaufsicht leben müssen, wenn sie nicht den Aufenthalt im Ausland vorziehen. In dieser Maßnahme feiert die Methode der „administrativen Verbannung“ aus der Partei ihre Auferstehung. Wie in zahlreichen anderen Fällen erweisen sich die kommunistischen Gewalttäter als die getreuen Schüler und Nachahmer der zaristischen Satrapen, namentlich, soweit es sich um den Kampf gegen die verhassten Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre handelt. Das gesamte System der brutalen Verfolgung und Entrechtung der anderen proletarischen Parteien bleibt auch von dieser „Angelegenheit“ unberührt.

Wie ein Hohn klingt es unter diesen Umständen, daß das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale jetzt die Parole der Schaffung einer internationalen proletarischen Einheitsfront ausgegeben hat. Herr Sinowjew hat sich allerdings sofort bereit, diese Parole als ein „klares Mandat“ zu entlassen, mit dessen Hilfe man erneut Verwirrung in die internationale proletarische Bewegung hineintragen will. Aber diese Parole ist einmal ausgegeben und wird zweifellos von den kommunistischen Parteien eine Zeitlang als Grundlage für ihre Agitation benutzt werden. Unter diesen Umständen gewinnt es ein außerordentliches Interesse, wie diese Parole von den russischen Kommunisten in ihrem eigenen Lande auf-

gefaßt wird. In Nr. 201 der „Pravda“ des Zentralorgans der kommunistischen Partei Rußlands, vom 24. Dezember 1921, findet sich ein Bericht über die kommunistische Konferenz, die unmittelbar vor dem 9. Märzischen Parteitag stattfand. Auf dieser Konferenz wurde auch die Politik der kommunistischen Internationale erörtert. Die „Pravda“ schreibt hierzu:

„Die Konferenz lief voll und ganz jene Linie gut, die die russischen Vertreter in der kommunistischen Internationale vorgezeichnet hatten: die Linie der Einheit der Arbeiterfront und der Entlassung aller jener, die dem revolutionären Zusammenbruch der Russen hinderlich sind. Es verheißt sich von selbst, daß diese Linie keineswegs eine Veränderung unserer Politik gegenüber den russischen Verordnungsorganeln voraussetzt, die niemand und nichts hinter sich haben, die keinen Kampf gegen das Kapital führen, sondern nur einen Kampf gegen den Kampf gegen die Regierung der proletarischen Diktatur.“

Mit welcher Offenheit hat die russische kommunistische Partei in diesen Worten ihres Zentralorgans ihre heuchlerische, doppelzüngige Natur offenbart: Parolen über die proletarische Einheitsfront in Westeuropa — Gefängnis und Verbannung für die Kämpfer der proletarischen Einheitsfront in Sowjet-Rußland. Im Richte dieser Tatsachen gewinnen die Worte besondere Bedeutung, die Genosse R. Abramowitsch in der letzten Nummer des „Sozialistischen Boten“ anlässlich der Frage der proletarischen Einheitsfront schrieb:

„Die russischen Führer der kommunistischen Internationale, die ihren Anhängern in Europa nur empfehlen, selbst um den Preis der Koalition mit anderen sozialistischen Parteien, die proletarische Einheitsfront“ herzustellen, und die den schwedischen Kommunisten den Rat geben, selbst die Regierung zu verlassen, diese Kommunisten verwerflichen die proletarische Einheitsfront in ihrem eigenen Lande, in Rußland, ausschließlich mit Hilfe der Methoden der Tscheka, der Außerordentlichen Kommission, der Grausamkeit und Abhängigkeit des bolschewistischen Terror gegenüber den russischen Sozialisten, seine absolute Grundlosigkeit, seine ausschließliche Abhängigkeit von Erwägungen reinlicher Parteikonkurrenz, all dies erneut immer mehr die Empörung der breitesten Schichten des europäischen Proletariats, auf diesem Boden wächst und breitet sich eine öffentliche Protestbewegung aus. Eine Anzahl einflussreicher deutscher Genossen stellt bereits die Teilnahme der russischen Bolschewisten an einer künftigen internationalen Konferenz in Abhängigkeit von ihrem Terror gegen die russischen Sozialisten. Wir werden selbstverständlich unter keinen Umständen, daß die Frage des Terrors in Rußland in ihrem vollen Umfang vor oder während der Konferenz aufgetaucht wird. Und wir sind sehr überzeugt, daß es den Bolschewisten trotz allen ihren Spitzfindigkeiten und ihrem Geschrei über die Verfolgungen der Kommunisten in Europa nicht gelingen wird, die klaren Zusammenhänge dieser Frage zu verunkeln.“

Rein, dieses Vorhaben darf und wird den Volkswissenschaften und ihren europäischen Nachbarn nicht gelingen. Denn die Liquidation des bolschewistischen Terrors ist nicht nur eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Rettung der revolutionären Errungenschaften in Rußland. Sie ist auch Vorbedingung dafür, daß die unheilvolle Zersplitterung des internationalen Proletariats ein Ende nimmt, und daß eine einheitliche, geschlossene Arbeiterfront den Kampf aufnimmt gegen die Gewalttaten und Uebergriffe der internationalen Bourgeoisie.

Drohender Eisenbahnerstreik in Sachsen

Seit 3. Dezember vorigen Jahres befinden sich die deutschen Eisenbahner in einer Lohnbewegung, die aber trotz langwieriger Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hat, das im Hinblick auf die fortwährend sprunghaft steigende Teuerung aller Produkte wie eine Verhöhung der Eisenbahner wirkt. Die gewährte Erhöhung der Teuerungszulage soll 75 Pf. für eine Stunde betragen und soll nach den Ausführungen der Regierungsvertreter als Entschädigung für die uns noch bevorstehende ungeheure weitere Steigerung aller Lebensmittel, Kleidung, Miete usw. gelten. Man hat also nicht die Absicht, bei der nun einsetzenden Teuerungswelle den Verdiensten irgendwelches Entgegenkommen zu zeigen. Für nichtbeamtete Eisenbahner über 24 Jahre bewegen sich die Löhne in Lohnklasse A zwischen 7,70 M. und 8,90 M., in Lohnklasse E zwischen 5,90 M. und 7,10 M., hinzu käme nun die von der Regierung gewährte Zulage, die zwischen 35 Pf. und 75 Pf. schwankt, sowie 80 Pf. für die Stunde für jedes unterhaltspflichtige Kind. Das sind Löhne, die nicht einmal zur Bekleidung des Allernotwendigsten langen. So werden denn auch in der Privatindustrie um 4 bis 5 M. höhere Stundenlöhne gezahlt. Technisch liegen die Verhältnisse bei den Beamten.

Aus der Erkenntnis heraus, daß es unmöglich ist, auch nur ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein bei dieser Bezahlung führen zu können, und weiter bedingt durch die völlig verständnislose, ablehnende Haltung der Regierung sahen sich die Eisenbahner gezwungen, eine letzte Forderung zu stellen und diese, um die übliche Verschleppung zu verhindern, an eine gewisse Frist zu binden. Es beschloß am 9. Ja-

nuar eine Funktionärerversammlung des D. E. V. Groß-Dresdens, eine Forderung von 3 M. für die Stunde zu stellen und die Regierung um eine bestimmte, zusage Antwort bis zum 21. Januar 1922, mittags 12 Uhr, zu ersuchen. Diese Forderung ist der Regierung übermittelt worden. Da diese nun auf ihrem Standpunkt beharrt, wird nach Ablauf der gestellten Frist der Kampf auf der ganzen Linie einzusetzen, und die Stilllegung des gesamten Eisenbahnbetriebes in Sachsen dürfte bis um 12 Uhr nachts vollständig durchgeführt sein. Die Eisenbahner hoffen, daß man ihr Verhalten verstehen wird, und erwarten die Solidarität der gesamten organisierten Arbeiterschaft.

Die Streikleitung.

187,5 Milliarden

Berlin, 20. Januar. Der Reichsrat hat den Etat der allgemeinen Verwaltung nach den Anschlagsbeschlüssen in erster und zweiter Lesung angenommen. Ferner stimmte er dem Haushalt über die Ausführung des Friedensvertrages zu, der einen Gesamtaufwand von 187,5 Milliarden erfordert. Angenommen wurde schließlich nach den Ausschlagsvorschlägen das Haushaltsgesetz und der Haushaltsplan. Im Anschluß daran stimmte der Reichsrat einer Entschließung des Ausschusses zu, der die Regierung ersucht, die Ausführung des Reichshaushaltsgesetzes baldmöglichst in Angriff zu nehmen und spätestens bis zum 1. Oktober durchzuführen.

Der starke Mann

Poincaré, der neue französische Ministerpräsident, hat bei der Pariser Kammer vorgestellt und vor ihr ausführlich sein Programm entwickelt. Was er jagte, konnte niemand übersehen. Es war nur eine Wiederholung dessen, was er vorher unaufhörlich in der Revue des deux Mondes gepredigt hat: Deutschland muß den Vertrag von Versailles, den es unterschrieben hat, auch bis auf letzte Z-Tupfchen erfüllen. Die Unmöglichkeit dieser Erfüllung, die von vornherein jedem Einseitigen, nicht bloß in Deutschland (Reynes!) klar war, hat die Zeit längst bewiesen. Ihren schlagenden Gründen verhielt sich auch der kluge Aristide Briand nicht. Nochte er immer in der Kammer, in der bis heute der nationale Mod die überwiegende Mehrheit hat, den Unnachgiebigen spielen, da wo es zu handeln galt, trug er den wirklichen Verantwortlichkeiten Rechnung. Er ließ das Unmögliche fahren, um das Mögliche zu erreichen. Aber er vermochte nicht, sich zu halten. Nun hat der nationale Mod seinen starken Mann, seinen Poincaré, bei ihm; so hofft er, werde zwischen Wort und Tat kein Widerspruch klaffen. Und darum gaben ihm fast fünf Sechstel der Kammer ihr Vertrauensvotum.

Aber die Welt gibt ihm dieses Votum nicht. Denn schon seine erste Rede zeigt, daß er ein Ideologe ist, der von der Wirklichkeit nichts sehen und hören will. Er stellt Deutschlands Wirtschaftslage im rosigen Lichte dar. Er behauptet, wenn es nur zahlen wolle, könne es dies mit Leichtigkeit tun. Aber er vergißt oder weiß nicht, daß zu solchen Zahlungen Deutschland ausländischer Zahlungsmittel bedarf, die es nur erlangen kann durch hohe Ausfuhr. Diese aber zu unterbinden, Deutschland vom Weltwirtschaftsmarkte ganz auszuschließen, das ist ja auch, wenn nicht die Absicht, so aber doch die Wirkung des Versailler Vertrags.

„Das Problem der Wiedergutmachung beherrscht alle andere“, sagt Poincaré. Allerdings! Und darum muß diese Wiedergutmachung auf eine vernünftige Basis gestellt werden wozu sich da und dort bereits Anlässe finden. Mit Gewalt läßt sich nichts erzwingen. Diese Erkenntnis hat zur Einberufung der Konferenz von Genéva geführt. Aber Poincaré glaubt noch immer an die Macht der Gewalt. Er rufft mit den Sanktionen, er erklärt, die Räumungsfristen für das Rheinland hätten noch nicht begonnen — mit einem Wort — er denkt zu erzwingen, was sich nicht erzwingen läßt.

Diese Politik kann, wenn er sie wirklich durchführt, keine andre Folge haben, als daß sie Frankreich isoliert. Es ging wie ein Erschrecken durch die übrige Orient, als Poincarés Ernennung zum Ministerpräsidenten bekannt wurde. Das sollte Poincaré zu denken geben. Handelt er auf eigene Faust, so muß er rechnen mit dem Widerstand nicht bloß Deutschlands. Den meint er sicher brechen zu können, zumal Jodet, der Generalissimo, hinter ihm steht. Sondern mit dem Widerstand der andern Vertragsmächte, die bei allem, was sich auf Maßnahmen gegen die Mittelmächte bezieht, mitzureden haben und mitreden werden.

Aber vielleicht ist Herr Poincaré klüger, als seine Reden und Artikel es vermuten lassen. Vielleicht spielt auch er nur die Doppelrolle, deren Briand schließlich müde wurde. Wenn nicht, so müssen wir uns freilich für die nächste Zeit auf manche scharfe Note, auf manche Probenprüfung gefaßt machen. Doch vor dem Neujahr wird England um seiner selbst willen uns bewahren. Es wird nicht dulden, daß für uns die Besatzungskosten durch Okkupation des Ruhrreviers noch gesteigert werden, da so unsere Zahlungsfähigkeit ja nur weiter vermindert wird, es wird noch weniger wirtschaftliche Sanktionen zulassen, die dahin zielen, Westdeutschland dem französischen Wirtschaftsgebiet einzuverleiben.

Deutschland kann sich dem Ministerium Poincaré gegenüber nicht anders verhalten, als es in den letzten acht Monaten gegenüber Briand tat. Es kann sich um Erfüllung seiner Verpflichtungen nach Kräften bemühen, es kann leisten, was es imstande ist. Unmögliches wird auch der neue französische Ministerpräsident von ihm nicht erpressen, bedarrt er darauf, läßt er sich nicht befehlen, so wird er daran in Würde scheitern. Und damit ist dann hoffentlich das System der Gewalt, auf das die Kammer in Frankreich in ihrer Wehrheit heute noch schwört, so gründlich als absurdum gefaßt, daß es für immer jeden Kredit, auch bei unsren westlichen Nachbarn, verloren hat.

Poincarés Rede

Paris, 19. Januar. In der heutigen Kammerrede, die während des Publikums fast beinahe war, verlas Ministerpräsident Poincaré folgende ministerielle Erklärung:

Von dem Präsidenten der Republik zur Übernahme der Regierungsmacht unter ersten Umständen berufen, hat das Kabinett, das sich Ihnen hiermit vorstellt, keinen andern Zweck, als in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament die Wahrung der Verträge herzustellen, die die Friedensbedingungen enthalten. So energisch auch unsere Bemühungen sein mögen, können wie doch nur dann ganz sicher sein, die französischen Finanzen zu retten, wenn Deutschland für dessen Rechnung wir schon so

viele Milliarden ausgeliefert

haben, sämtliche Verpflichtungen erfüllt, die übernommen hat, und die Schäden wieder gutmacht, die es verursacht hat. Es wäre die schrecklichste Ungerechtigkeit, wenn ein Land, das einen unentschuldigten Angriff erdulden mußte und von dem 18 Departements durch die Invasion verdrängt wurden, noch seinen Siegen auf seine Kosten die Ruinen wieder aufbauen müßte, wenn es seinen Steuerpflichtigen zumuten müßte, die unmöglichen Aufwendungen für die Hinterbliebenen der Kriegsväter, die Witwen und Waisen, für die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen der

22
49
69
79
89
10
10
59
150

35
25
70
55
60
16